

serer Region darstellen. Wir veranstalten Lesungen und Ausstellungen in der Reihe „Kunst im Widerstand“. Wir haben zwei größere Tagungen jährlich. Eine findet heute zum Thema „17. Juni und der Widerstand in den 50er Jahren“ statt. Wir geben eine Zeitschrift heraus – ich habe einige Exemplare mitgebracht und erlaube mir nachher, wenigstens den Mitgliedern der Kommission einige davon zu überreichen. Es ist unser Erstlingswerk und noch ganz druckfrisch, erst eine Woche alt. Wir veranstalten Zeitzeugenforen, weil es uns wichtig erscheint, die Menschen sich selbst erinnern zu lassen und damit die Aufarbeitung in Gang zu setzen. Das ist ja auch die besondere Chance einer so kleinen Initiative, die so lokal fokussiert ist, daß in einem Ort, wo sich viele Menschen kennen und schon zusammen im Sandkasten gespielt haben, die Geschichte miteinander noch einmal reflektiert werden kann und dort gründliche Aufarbeitung stattfinden kann – nicht nur auf der theoretischen Ebene.

Was wir uns wünschen: drei feste Stellen, Geld für Werkverträge, vor allem für kleinere Forschungsaufträge. Es wurde ja alles heute schon gesagt. Und eine kleine, aber funktionierende bürotechnische Ausstattung samt Telefon. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Werkstatt eingeht in die noch zu gründende Landesdokumentationsstelle des Landes Thüringen, die hoffentlich auch in Jena in dieser Straße Gerbergasse 18, nach der wir unsere Zeitschrift benannt haben, eingerichtet wird. Dann wäre vielleicht die Förderung durch das Land etwas besser. Bisher haben wir noch kein Geld bekommen.

Die Schwierigkeiten, die wir haben, möchte ich auch noch kurz nennen, wenn meine Zeit noch reicht. Es wurde schon einmal gesagt, daß die Anlaufstelle für die „Mühseligen und Beladenen“ oft bei solchen Initiativen gesucht wird. Wir sind gar nicht dafür eingerichtet, wir haben keine Psychologen dabei und auch sonst keine Beratungsmenschen, die helfen können, aber es kommen sehr viele zu uns, und wir können noch gar nicht damit umgehen. Eine zweite Frage ist die nach einem Rechtshilfefonds. Wir haben schon die ersten Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene. Nicht nur, daß das „Neue Deutschland“ meint, gewisse Leserbriefe wieder einsetzen zu müssen zu allem, was wir tun, oder daß unsere ständigen IM's als Dauergäste da sind, sondern daß schon mit einem ersten juristischen Vorgehen gedroht wurde. Unsere Frage, die ich Ihnen mitbringe, ist, ob vielleicht überregional für Aufarbeitungsinitiativen ein Rechtshilfefonds geschaffen werden kann, denn wir sind natürlich damit überfordert, einen Anwalt zu bezahlen. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich danke Ihnen, Frau Ellmenreich, aber auch allen anderen hier auf dem Podium ganz herzlich für das Verständnis gegenüber der engen Zeitvorgabe. Wir liegen trotzdem deutlich zurück. Es liegt daran, daß wir zu spät angefangen haben und jetzt sehen müssen, wie wir damit im weiteren Verlauf umgehen können. Was ich mir eigentlich unter einer guten Moderation vorstelle, nämlich daß man jetzt Fragen herausarbeitet, bündelt, zuspitzt, das werde ich alles nicht tun können, weil der Zeitplan es nicht zuläßt. Wir werden jetzt eine erste Runde mit Fragen und Beiträgen von Mitgliedern der Enquete-Kommission haben. Ich rege an, unmittelbar danach

die Diskussion in das Publikum zu öffnen und erst danach die Antworten vom Podium zu geben, weil ich die Furcht habe, daß sonst die Fragen und Beiträge aus dem Publikum nicht nur zu kurz, sondern möglicherweise gar nicht mehr zum Zuge kommen könnten. Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann werde ich so verfahren. Wir sammeln jetzt zunächst Fragen aus der Kommission, anschließend aus dem Publikum und machen dann noch einmal eine Runde auf dem Podium. Ich bitte alle, die sich nun zu Wort melden werden, zu sagen, an wen sich Ihre Frage richtet, und nach Möglichkeit direkt die Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen hier auf dem Podium anzusprechen. Einige Wortmeldungen liegen mir bereits vor. Der erste ist Herr Prof. Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten für die sehr instruktiven Kurzbeiträge herzlich bedanken. Es war klar, daß im Hinblick auf den vorgegebenen Zeitrahmen nicht alle wesentliche Aspekte angesprochen werden konnten, und ich kann jetzt bei meinen Fragen auch nur auf den einen oder anderen Aspekt abheben, wobei es natürlich, Herr Vorsitzender, etwas schwierig ist zu sagen, Herr X oder Herr Y soll antworten. Vielleicht überlegen Sie, wer aus dem Kreis dafür geeignet ist. Ich glaube, wir alle haben volles Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten, die ich einmal außer acht lassen möchte. Es ist ganz klar, daß diese von Ihnen geleistete förderungswürdige Arbeit finanziell stärker unterstützt werden muß, aber darüber müßte man dann im Zusammenhang mit dem Hearing heute nachmittag sprechen.

Zunächst eine Anregung an alle Damen und Herren. Mir scheint alles, was Sie vorgetragen haben, so wichtig zu sein, daß man sich doch überlegen sollte, im Rahmen eines Verbundes so etwas wie ein Vademekum zu erstellen. Es sind so heterogene Bereiche, und jeder hat sehr verdienstvoll gesammelte Materialien erfaßt usw. Hier, glaube ich, wird für die Zukunft im Hinblick auf die künftige Forschung ein Vademekum, ein Handbuch notwendig sein, in dem alle einzelnen Daten so aufgelistet werden, daß auch die jungen Wissenschaftler in der Lage sind, in Zukunft mit diesen Materialien zu arbeiten.

Zweitens, und das ist meine Frage: Sie haben angedeutet, daß Sie in den letzten Jahren Materialien erschlossen haben, schriftliche und mündliche Zeugnisse. Nun wird es für die künftige Forschungsarbeit natürlich schwierig sein – wir haben ja nicht nur zehn Initiativen, sondern sicherlich noch mehr: Haben Sie mal mit dem Gedanken gespielt, Ihre Materialien, die Sie erschlossen haben, den Stadtarchiven oder z. B. den Landesarchiven zur Verfügung zu stellen? Dort muß das Material dann aufbereitet werden, so daß eine zentrale Zugangsmöglichkeit gegeben ist, denn wenn man so viele Initiativen hat, fällt es einem jungen Forscher sicherlich schwer, hier überall nachzufassen. Das könnte man über Landesarchive und Stadtarchive doch besser machen und so eine vernünftige Kooperation verwirklichen.

Letzter Punkt: Das methodische Problem ist bei Ihren Ausführungen aus verständlichen Gründen zu kurz gekommen. Könnten Sie sich noch zu der Frage

äußern, wie und unter welchen Bedingungen Sie bisher schriftliche und mündliche Zeugnisse sammeln konnten? Wo liegen die Schwierigkeiten? Sind die Menschen, die Unterlagen haben, denn überhaupt gewillt, Ihnen das Material in Kopie oder in anderer Form zu überlassen? Und wie handhaben Sie die Befragungen der Zeitzeugen? Hier wären doch bestimmte wissenschaftliche Gesichtspunkte entscheidend. Haben Sie z. B. Beratungen über universitäre Einrichtungen? Denn so ganz einfach – und das wissen Sie selbst – sind ja Befragungen nicht vor dem Hintergrund dessen, was wir an Erfahrungen sowohl im Dritten Reich als auch in der DDR-Diktatur gehabt haben. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Der nächste, der sich gemeldet hatte, ist Gerd Poppe.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe einige Fragen und zwei kurze Anmerkungen. Zum einen wurde gesagt, das Interesse der politischen Parteien sei nicht ernsthaft vorhanden und es diene im Grunde genommen nur dem Alibi. Ich denke, so einfach kann man es sich auch von Seiten der Opferverbände nicht machen. Daß diese Veranstaltung zustande gekommen ist, zeigt, daß dies nicht zutrifft, genauso wie auch eine ganze Reihe von parlamentarischen Initiativen, die es gegeben hat. Das Problem ist eher ein anderes. Das Problem ist nicht, daß man sagt, wir müssen jetzt von der Phase des Schulterklopfens weg und das Schulterklopfen in D-Mark eintauschen, sondern wir müssen schon ein bißchen mehr an Vorstellungen zu den möglichen Inhalten einer solchen übergreifenden Institution hören, damit wir das auch mit einem größeren politischen Gewicht im gesamten Bundestag vertreten können. In diesem Zusammenhang einige Fragen: Der Vertreter von ASTAK hat eine Zunahme des öffentlichen Interesses festgestellt, während andere gesagt oder angedeutet haben – es war in letzter Zeit auch manchmal in den Medien –, dieses öffentliche Interesse lasse nach. Wenn ich mich umsehe, scheint es nicht nachgelassen zu haben, aber ich würde gerne auch noch einmal von anderen hören, inwieweit diese Aussage zutrifft und ob sich thematisch die Schwerpunkte in den letzten fünf Jahren verlagert haben.

Der zweite Punkt: Wenn wir eine solche Stiftung oder eine ähnliche Institution durchzusetzen versuchen, so daß ein entsprechender Haushaltstitel in Bund und Ländern eingerichtet werden kann, dann wird es sich auf keinen Fall einfach um eine Grundsicherung der verschiedenen Initiativen handeln, sondern es wird in jedem Falle nach den Projekten, nach dem wissenschaftlichen Wert gefragt werden. Ich möchte deshalb nach der Bereitschaft der verschiedenen Initiativen, sich solchen übergreifenden Kriterien unterzuordnen, fragen. In der Vergangenheit hat es zwar immer sehr unterschiedliche Auffassungen gegeben. Z. B. haben manche gesagt, wir möchten natürlich unsere völlige Unabhängigkeit bewahren und nur selber mit unserer kleinen Gruppe weiter gefördert werden, was darüber hinaus führt, geht uns nichts an. Deshalb meine ich, eine solche Stiftung verlangt ein höheres Maß an Zusammenarbeit, ein höheres Maß an Vernetzung, auch die Bereitschaft, sich über bestimmte Schwerpunkte zu verständigen.

Der dritte Punkt: Wie sieht es denn bisher mit dieser Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Initiativen aus? Zum Beispiel im Hinblick auf die ganz unterschiedlichen Materialien, die vorhanden sind. Und wie sieht es aus mit den Unterschieden, die hier zu Tage getreten sind? Zum einen zwischen den Gruppierungen, die in erster Linie die Interessen der Opfer zu vertreten haben, und anderen Gruppierungen, die sich sehr viel stärker den Archiven oder den Ausstellungen oder auch Forschungsarbeiten widmen? Das sind ja zwei sehr unterschiedliche Interessenlagen. Ich bin bis heute sehr im Zweifel, ob es möglich sein wird, in einer übergreifenden Stiftung beide Themen gleichermaßen zu behandeln, ohne daß es zu Kollisionen kommt. Da hätte ich gerne Ihre Meinung gehört, inwieweit das möglich ist und inwieweit es eine solche Zusammenarbeit schon gibt. Schließlich auch noch einmal zu der Frage, inwieweit es denn Partner aus der Forschung gibt? Ich habe aufgrund mancher aktueller Forschungsarbeiten und Bücher mitunter den Eindruck, die dort vorgestanzten Thesen sollen nach Möglichkeit nicht durch Materialien aus der Bürgerbewegung ins Wanken gebracht werden. Ich sage das absichtlich so polemisch. Und deshalb möchte ich wissen, inwieweit denn diese Anforderungen in Ihren Archiven überhaupt erfüllt sind und was vielleicht dazu übernommen werden sollte, damit diese in der Zukunft stärker berücksichtigt werden können.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich habe im Moment acht Wortmeldungen aus den Reihen der Kommission. Wir haben jetzt zwei Beiträge gehört und zwölf Minuten damit zugebracht. Wir müssen uns etwas kürzer fassen und wir sollten die Redeliste schließen. Ich frage, ob sich noch jemand melden möchte. Ich schlage vor, daß wir es bei den acht vorliegenden Meldungen belassen und dann in die Diskussion mit dem Publikum übergehen. Anders werden wir es nicht schaffen. Herr Prof. Maser ist der nächste Redner.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte noch einmal zum Thema Presse kommen und möchte die Frage stellen, ob es Anzeichen dafür gibt, daß die Medien bei der Berichterstattung über Aufarbeitungs- und Opferinitiativen durch staatliche Weisungen behindert werden? Ich frage das vor folgendem Hintergrund: Ich habe am letzten Sonnabend im „Roten Ochsen“ in Halle bei einer Gedenkveranstaltung den Hauptvortrag zu halten gehabt. Heinz Hildebrand, der Alterspräsident des Landtages in Magdeburg, war der zweite Redner bei dieser Veranstaltung. Diese Gedenkveranstaltung der Opfer des Zuchthauses in Halle war von einem Presseverbot der Regierungspräsidentin belegt. Die Fernsehberichterstattung des MDR hat sich diesem Verbot gebeugt und ist abgezogen. Die Vertreter der schreibenden Zunft haben Widerstand geleistet und sind geblieben. Ich bin aber der Meinung, wenn solche Erfahrungen sich häufen sollten, dann wäre hier alle Aufmerksamkeit darauf zu richten, was hier eigentlich in unserem demokratischen Deutschland passiert,

(Beifall)

wenn Regierungspräsidenten über die Teilnahme der Presse an öffentlichen Veranstaltungen befinden.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Der nächste Redner ist Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich will mich kurz fassen. Ganz kurz zu Herrn Poppe: Zwischen den Opferverbänden, die sich um die Betreuung kümmern, und den Aufarbeitungsinitiativen einerseits und den Betroffenen gibt es einen Schnittpunkt. Das sind die Erfahrungen der Zeitzeugen und Betroffenen. So erhält derjenige Verband, der sich um die Betreuung kümmert, viele Informationen, die sonst häufig gar nicht zu erreichen sind.

Ich möchte jetzt fragen, welche Form der Koordinierung oder der Zusammenarbeit Sie sich vorstellen können. Nicht was jetzt schon läuft, sondern welche Formen einer institutionellen Förderungen dieser Zusammenarbeit, des Informationsaustausches können Sie sich vorstellen? Und welche Formen für Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Universitäten halten Sie für sinnvoll? Welche Rolle könnte da eine Stiftung spielen?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herzlichen Dank. Herr Prof. Huber hat jetzt das Wort.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Wir müssen uns heute mit der Situation des Aufarbeitungsprozesses nach sechs Jahren Wiedervereinigung befassen. Meine erste Frage an die hier vorhandenen Aufarbeitungsinitiativen ist, wie denn ihre Zwischenbilanz ausfällt. Herr Thomas hat dazu sehr deutliche Worte gesprochen und ich glaube, Herr Poppe hat zu Recht, zumindest was den Bundestag angeht, zurechtzurücken versucht, daß allein die heutige Veranstaltung ein Beleg dafür ist, daß es nicht nur Alibi-Bemühungen gibt. Aber meine Frage an die anderen wäre: Teilen Sie diese etwas defätistische Aussage, die Herr Thomas hier vorgenommen hat, oder würden Sie das im Hinblick auf die Tätigkeit des Gesetzgebers differenzierter sehen? Mich würde darüber hinaus interessieren, wie Sie die Aufarbeitung durch die Justiz beurteilen. Frau Stephan hat von einigen Erfolgen berichtet. Wie ist Ihr Bild, was die justitielle Aufarbeitung angeht? Aufarbeitung ist nicht nur ein Prozeß, den der Staat zu veranstalten hat, sondern die Gesellschaft. Deshalb meine Frage: Wie ist die Resonanz in Ihrem gesellschaftlichen Umfeld? Sind es immer dieselben? Es wurde von steigenden Besucherzahlen gesprochen, andererseits – der Widerspruch wurde schon durch Herrn Poppe deutlich gemacht – sinkt das Interesse der Medien. Gibt es bei der Vermittlung Ihrer Veranstaltungen Schwierigkeiten, auf die Sie stoßen – bei Medienkonzernen, bei staatlichen Stellen? Herr Maser hat hier von einem Vorfall berichtet. Glauben Sie, daß Sie über die bisher Sensibilisierten und Interessierten hinaus die Chance haben, auch weitere Kreise der Bevölkerung auf Dauer anzusprechen? Wie ist die Einschätzung? Meine weitere Frage: Viele von Ihnen beschäftigen sich auch mit Opferbetreuung. Ein Hauptproblem bei der Opferbetreuung ist – soweit ich es überblicke – vor allem der Umgang mit den Zersetzungsdelikten während der DDR-Zeit. Spielt es in Ihrer Tätigkeit eine Rolle und haben Sie irgendwelche Ansatzpunkte dafür, wie man diesen Menschen besser gerecht werden kann, als dies mit den herkömmlichen Instrumentarien – etwa den Unrechtsbereinigungsgesetzen – der Fall ist?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Der nächste ist Prof. Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Im Anschluß an Herrn Jacobsen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit stärker auf den Verwertungszusammenhang der Ergebnisse Ihrer Tätigkeit, also der Aufarbeitungsinitiativen, richten. Dies ist ein Stück politische Bildung. Aus meiner Erfahrung ist die politische Bildung auf dem besten Wege zu einer routinierten Veranstaltung zu werden, die ihre Klientel nur noch sehr bedingt erreicht. Frage also: Sind wir nicht gehalten, eine neue Didaktik der politischen Bildung gerade im Hinblick auf die zeitgeschichtliche DDR-Forschung und auf ihre Initiativen zu entwickeln? Wir müssen wohl davon ausgehen, daß das, was schon angeklungen ist bezüglich des Interesses oder Desinteresses, uns vor eine Situation stellt, die sich nicht von selbst verbessert. Denn die Besucher, die Sie in Zukunft zu erwarten haben, werden immer weniger unmittelbar und mittelbar Betroffene, sondern solche sein, die ihre eigene Betroffenheit nicht als Motivation für das Mitwirken bei Ihnen zugrundelegen können. Gibt es bereits Ansätze sich Gedanken darüber zu machen, in welcher neuen Form in Zukunft diese wichtigen Kenntnisse vermittelt werden können?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herr Prof. Wilke ist der nächste Redner.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Rudolph, die Enquete-Kommission hat in bezug auf die Gedenkstättenarbeit eine Position des Bundestages zu vertreten, die da kurz und knapp heißt: „Die Opfer der ersten Diktatur und die Verbrechen der Nationalsozialisten dürfen nicht herangezogen werden, um das, was nach 1945 in den Speziallagern geschah, zu bagatellisieren“, wie es der Sachverständige Faulenbach zutreffend beschrieben hat. Es gibt in der Auseinandersetzung um Buchenwald in den letzten Monaten eine rege öffentliche Diskussion, in der es den Versuch gab, die Verbände der Häftlinge nach 1945 in die rechtsextreme Ecke zu rücken. Können Sie uns zu diesem Konflikt etwas sagen?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Jetzt kommt Herr Dr. Elm.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich habe eine Frage, die ich nicht adressieren kann. Wenn ich sie gleich stelle, werden Sie das, glaube ich, verstehen. Welche Erfahrungen haben Sie bei Ihren Bemühungen um Aufarbeitung und Darstellung mit den ehemaligen SED-Mitgliedern gemacht? Es waren ja über 2 Millionen. Es müßten ja noch einige im Lande anzutreffen sein, auch die, die Sie in organisierter Form in der PDS und in ihrem Umkreis finden. Gehen Sie auf die Gruppen zu? Erleben Sie bei Ihren Veranstaltungen, daß man von der Seite auch kommt, sich den Diskussionen stellt, und welche Erfahrungen wurden dabei gemacht?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Herr Dr. Elm. Die letzte Frage hat Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Die meisten Gruppen und Initiativen haben ein breites Spektrum von Interessenbereichen und Ideen. Meine Frage lautet: Welche Bereiche Ihrer Arbeit finden öffentliches Medieninteresse, welche Bereiche Ihrer Arbeit finden kein Interesse und wie beurteilen Sie das?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich möchte mich für die Kürze und Zielgerichtetheit der Fragen bedanken. Ich möchte jetzt gleich – mit Ihrem Einverständnis – das Gespräch ins Publikum hinein öffnen. Wir wollen noch einige Fragen und Beiträge aus dem Publikum sammeln und dann wieder zurückgehen ins Podium und versuchen, so viel wie möglich zu beantworten. Die Fragesteller möchten sich bitte bei Herrn Eising melden, der hier neben mir sitzt. Ich unterbreche hiermit die Sitzung der Enquete-Kommission für eine öffentliche Diskussion, die wir jetzt hier in gleicher Zusammensetzung miteinander führen.

Sitzungsunterbrechung von 12.16 – 12.39 Uhr

[Die öffentliche Diskussion während der Sitzungsunterbrechung ist im Anhang zu diesem Protokoll wiedergegeben.]

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank Ihnen und auch allen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben. Ich eröffne wieder formell die Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, und wir diskutieren nun noch einmal auf dem Podium. Ich glaube, es wäre für viele zu ungerecht, wenn ich jetzt Einzelne aufrufen und um Antwort bitten würde. Ich möchte aber auch nicht einfach eine Runde machen, sondern möchte darum bitten, daß diejenigen, die noch was sagen möchten, sich im Podium direkt zu Wort melden. Eines möchte ich noch erwähnen. Es gab eine ganze Fülle von Einzelfragen, angefangen beim spezifischen Problem wie Wirtschaftskriminalität, dem Problem mit dem Steuerrecht bei der Gemeinnützigkeit, es gab Fragen nach Ihrer Zufriedenheit mit der justitiellen Aufarbeitung, Fragen nach Archiven und vieles andere mehr. Es gab zwei Fragen, die sich als Grundtenor durch die Diskussion zogen. Das ist einerseits die Frage, wie hat sich das öffentliche Interesse entwickelt? Wo sehen Sie das öffentliche Interesse? Wie stark ist es, hat es sich verändert in den letzten Jahren? Und das Zweite ist die Frage nach den Arbeitsmöglichkeiten und auch nach dem, was Ihnen weiterhelfen würde, also die immer wieder gestellte Frage nach dem Geld. Dazu möchte ich selbst noch eine Frage stellen, um das etwas mehr zu verdeutlichen. Ich werde dann im Podium um Wortmeldungen bitten.

Es gibt ja mehrere Vorstellungen, mehrere Modelle, die im Gespräch sind, was man hier tun könnte. Es gibt die Vorstellung eines Vereins, eines Bürgerbüros. Es gibt die Vorstellung eines Bürgerbeauftragten, und es gibt die Vorstellung – die ja heute auch immer wieder angesprochen wurde – der Errichtung einer Stiftung. Es wäre für uns als Enquete-Kommission hilfreich, wenn Sie sich zu diesen Vorstellungen äußern könnten und uns sagen, in welche Richtung Ihre Vorstellungen gehen. Zur Stiftung möchte ich noch zwei Sätze sagen. Wir sind völlig fern davon, hier irgend etwas versprechen zu können, sondern wir dis-

kutieren darüber in der Kommission. Es ist nicht an etwas gedacht, was selbst eine riesige Behörde wäre und dann die Arbeit tut, die Sie jetzt tun, sondern es ist eher an etwas gedacht, was die Mittel zur Verfügung stellen kann, damit die Arbeit dort, wo sie jetzt getan wird, weiter erfüllt werden kann. Das schließt aber auch ein, daß man – Herr Poppe hat danach gefragt – Kriterien formuliert und sich solchen Kriterien auch unterwirft. Das schließt auch Fragen ein nach der Zusammenarbeit, Fragen nach dem Umgang mit Beständen, die heute vorhanden sind, Aktenbeständen, Archiven usw. Ich möchte diese beiden Fragenkomplexe als Hauptfragen, die immer wieder angeklungen sind, noch einmal hervorheben. Erstens die Frage nach dem öffentlichen Interesse, der öffentlichen Wahrnehmung, und zweitens die Frage nach der Form, in der Ihres Erachtens eine solche Hilfe und Unterstützung, wenn sie denn zustande käme, am besten erfolgen sollte.

Harald Wernowsky: Das öffentliche Interesse sah eigentlich so aus, daß wir 1990/91 natürlich in den öffentlichen Veranstaltungen sehr viele Besucher hatten – 200 Leute und mehr waren keine Seltenheit. Das ging zurück, und es schichtet sich eigentlich um – so wie die einzelnen Initiativen bekannt werden. Wir hatten im Dokumentationszentrum Anfang 1992 ca. 1.000 Besucher – im Augenblick haben wir 4.000 Besucher pro Jahr. Ich muß aber sagen, 80 % sind Schüler, weil das Interesse über die Lehrer geweckt werden muß. Dort kommen sehr viele Schulklassen. Sie machen Projektwochen bei uns – nicht nur Führungen. Man muß daher auch die Besucherzahlen differenziert sehen.

„Die Medien“ gibt es nicht. Es gibt sehr verschiedene und so sind auch die Reaktionen. Es hängt sehr davon ab, mit welchem Journalisten innerhalb der einen Zeitung ich spreche. Und das sind nun mal in den neuen Bundesländern in der Regel die ehemaligen SED-Zeitungen. Insofern ist es dort schon recht schwierig.

Die Behinderung von Arbeitsmöglichkeiten: So wie Sie heute die Situation der Initiativen erlebt haben, muß man die gar nicht groß behindern. Man muß sie einfach nur nicht fördern, dann gehen sie nämlich auch krachen. Wir haben z. B. Probleme gehabt mit den ersten beiden Landesregierungen. In einen Untersuchungsausschuß, wo wir gegen die Landesregierung ausgesagt haben, ging es darum, ob der Ministerpräsident sich aufgrund von Stasi-Unterlagen ein Mandat besorgt hatte, und nachher ging es um gegenseitige unterschiedliche Aussagen von Herrn Münch zur Informationsbeschaffung über seinen Umweltminister. Daß es für eine Initiative natürlich dann schwierig ist, Fördermittel zu bekommen, ist klar. Deshalb plädiere ich auch dafür, unabhängige Förderungen zu schaffen. Die Stiftung, denke ich, wäre dafür das Mittel, und sie soll keinen großen Verwaltungsapparat haben, sondern wirklich Projekte fördern. Aber ich denke auch, bei Abhängigkeit von einer solchen Einrichtung muß man überlegen, ob man z. B. ständige Ausstellungen nur über Projekte fördern kann.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Frau Stephan hatte sich noch gemeldet.

Annegret Stephan: Ihre Frage erstmal, Herr Prof. Huber, beantwortend zu der Justiz. Wenn wir sagen die Erwartungen Betroffener war zu hoch, nehmen wir die zu hohen Erwartungen mal runter, aber dann bleibt auch das, was an strafrechtlicher Aufarbeitung durch die Justiz erfolgt weit hinter dem zurück, was wir auch nur im schlimmsten befürchten mußten. Die Rehabilitierungen sind natürlich bis auf Mischdelikte, wo also Reha-Fragen schwierig werden, recht zufriedenstellend. Aber wir wissen nach diesen sechs Jahren, daß ein Betroffener mit der Rehabilitierung wenig anfangen kann, wenn es nicht den Schuldspruch für die Täter gibt. Somit haben nämlich das Unrecht, was ihnen ja bescheinigt wird in den Rehabilitierungen, Geister verübt. Da ist ein sehr großes Unbehagen, ich möchte sagen auch eine sehr große Enttäuschung und ein Riesensfragezeichen an den Rechtsstaat Bundesrepublik entstanden.

In unserer Öffentlichkeitsarbeit haben wir besondere Fälle immer unterbringen können, ob es „Kennzeichen D“ war, ob es „Kontraste“ war, ob es größere Zeitungen waren. Ich habe nie versucht, uns als Gedenkstätte irgendwo zu präsentieren. Die Fälle, die wir aber in die Medien reinbringen wollten, haben wir auch immer mit Unterstützung der Medien öffentlich gemacht.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herr Rudolph ist der nächste Redner.

Günther Rudolph: Herr Prof. Dr. Wilke hatte mich unmittelbar angesprochen mit den beiden Fragen nach Trennung der Häftlingsgruppen und Drängen in die rechte Ecke. Ich hatte es vorhin schon angedeutet: Es besteht überhaupt keine Frage für die Häftlinge – ich spreche jetzt für die des Lagers Buchenwald –, daß sie sich vordrängen wollen oder etwas anderes oder Besseres sein wollen. Wir, die wir in diesem Lager zugebracht haben, haben ja gerade erkannt, welche Macht aus einer Diktatur, welche Folgen aus der Nazidiktatur entstanden sind und dann erneut eine weitere Diktatur erlebt. Wir, glaube ich, sind diejenigen, die in erster Linie sagen: jeder Häftling, der dort gewesen ist, ist zuviel. Und der zweite Punkt, der angesprochen wurde: in die rechte Ecke drängen. Es war ja schon so, daß es eines Tages, als die ersten Gräberfelder in Buchenwald entdeckt worden waren, es von Seiten der Häftlingsverbände aus der Zeit vor 1945 – sehr stark von Emotionen getragen – hieß: „Wir wollen nicht mit den Tätern in einer Erde liegen.“ Hier wird also immer wieder das Täter-Opfer-Verhältnis heraufbeschworen, obwohl, und das muß klargestellt werden, gerade diejenigen, die in dem Speziallager Buchenwald Haftzeiten verbringen mußten, eben gerade nicht die Täter waren. Denn die Russen hatten lange genug Zeit, die Täter zu erkennen und einer Verurteilung zuzuführen. Auf keinen Fall, um das abzurunden, sehen sich die Häftlinge als irgendwie rechts in der Ecke stehend, nein, wir sind nur Häftlinge gewesen. Wir haben nur gesessen aufgrund einer Diktatur und wollen das für alle Diktaturen gelten lassen. Deswegen auch das Bestreben, in unseren Anhörungen international tätig zu werden, um damit vielleicht auch ein kleines bißchen Verständnis für die neue deutsche Demokratie zu finden.

Vielleicht darf ich aber hier in dem Zusammenhang noch mal ganz kurz Herrn Prof. Dr. Jacobsen ansprechen, der freundlicherweise das Thema der Archivie-

rungen von Archivunterlagen angesprochen hat. Auch hier darf ich für die Initiativgruppen, insbesondere für die ehemaligen Lager Hoheneck und Waldheim sprechen. Wir haben in Not oder aus dem Versuch einer Konzentration schon erreichen können, daß eine einheitliche Fragebogenaktion durchgeführt und mit der Auswertung das Hannah-Arendt-Institut in Dresden „beauftragt“ wurde. Das war auch so eine Eigeninitiative aller Gruppen, und wir wissen nicht, wie die endgültige Durchführung nun tatsächlich gesichert ist. Wir sind froh, daß wir da ein ganz kleines Stück bewegt haben. Ich hatte vorhin erwähnt, die UOKG sei nicht institutionalisiert. Wir hopen praktisch von Jahr zu Jahr weiter und versuchen, das, was wir schaffen oder erhalten, was wir an Dokumenten finden konnten, noch weiterzuerhalten. Hier scheint mir in einer Organisation, die institutionalisiert ist, deren Bestand gesichert ist, das Ziel zu sein, die Frage der Archivierung, die Sammlung aller Unterlagen. Die Koordination in den einzelnen Gruppen ist auch erforderlich. Der Einstieg, die organisatorischen Maßnahmen sind hier äußerst wichtig. Das fängt mit der Steuer und der Gemeinnützigkeit an. Die Frage an den Steuerberater kann eben nur sein, daß er die Anlage 10 zum Einkommensteuergesetz beachtet. Und man kann nicht verlangen und hat auch kaum die Möglichkeiten, einen Steuerberater zu beauftragen zu sagen, wie die Satzungsvorschriften formuliert sein sollen; auch wenn es da wunderbare Dinge beim Finanzamt gibt, aber wer soll das wissen? Das ist das, wo hier von Fachleuten und der Stiftung Hilfe erfolgen muß. Die Stiftung soll Fachleute haben – ich erwähnte vorhin schon die Juristen –, die die ganzen Materialien, Rechtsprechung zum Reha-Recht zum Beispiel, die verstreut erscheinen, sammeln. Wer sammelt die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte? Wer fängt die Entscheidungen der Behörden ab, ob das in Koblenz ist, wo eine Reha-Bescheinigung der Russen nicht anerkannt wird, oder ob es in Hamburg ist. Diese Dinge zu konzentrieren erscheint mir wichtig. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Auch ich bedanke mich, Herr Rudolph. Als nächster hat sich Herr Dr. Bernitt noch gemeldet.

Dr. Hartwig Bernitt: Ich wollte zu den ersten Punkten der Akzeptanz bei den Medien von den eigenen Erfahrungen berichten. Wir haben mittlerweile acht Werke zu dem Thema Selbstbehauptung und Widerstand im Bereich der Universität Rostock veröffentlicht, und man kann eigentlich nicht pauschal sagen, daß das Interesse kontinuierlich sinkt. Unsere letzte Publikation fand am meisten Interesse. Das liegt vielleicht auch daran, daß die Untersuchung bis zum Jahre 1989 fortgeführt wurde und daß wir mittlerweile bekannt sind, daß das Fernsehen erschien und eine längere Sendung über die Veranstaltung brachte, auf der das Buch vorgestellt wurde. Bei Geschick und bei dem Bohren von vielleicht etwas dickeren Brettern ist es durchaus möglich, auch heute noch und auch in Zukunft, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Verarbeitungsproblematik zu lenken.

Dann das zweite Thema Stiftung, besonders von Herrn Poppe thematisiert. In der UOKG arbeiten nun schon jahrelang Vertreter von Opferverbänden zu-

sammen mit solchen, die wie wir als Schwerpunkt die Archivarbeit haben. Ich halte das aus Erfahrung für eine durchaus sinnvolle Ergänzung. Ich sehe dort keine prinzipiellen Schwierigkeiten. Es gibt also auch schon diese Zusammenarbeit. Herr Poppe hat auch nach den Partnern in der Forschung gefragt. Zur Zeit ist die Zusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern durch die vielen persönlichen Kontakte besonders gut. Wir haben jedenfalls gute Kontakte zum Landesbeauftragten in Schwerin und gewinnen sie jetzt auch mit dem hier vertretenen Theissing-Institut. Gewisse Probleme haben wir noch bei den neuen Lehrstühlen für Zeitgeschichte, wo die Lehrstuhlinhaber erst seit kurzer Zeit da sind und sich nun an vieles neu gewöhnen müssen – an die ehemaligen DDR-Verhältnisse, an die spezifischen Universitätsverhältnisse. Dann wohnen sie zum Teil noch sehr weit weg, fahren am Wochenende nach Hause. Das ist sicher noch eine verbesserungsfähige Zusammenarbeit, aber sicher eine Zusammenarbeit, die dringend nötig ist, denn – wie schon gesagt wurde – die Generation der Zeitzeugen, besonders aus den 50er Jahren, stirbt allmählich aus und es muß diese Forschungsarbeit ganz einfach in diese Fachbereiche der Geschichte der Universitäten integriert werden. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, der nächste ist Hans Schwenke.

Hans Schwenke: Vorhin waren fünf Minuten Zeit, da konnte man sich nicht ausbreiten über alles, was einen bewegt. Jetzt ist ein Fragenkatalog hier, wenn ich den runterhandeln würde, säßen wir noch in drei Stunden hier. Ich kann leider nicht auf alles eingehen.

Zur Zusammenarbeit der Verbände möchte ich aber dennoch, Herr Poppe, etwas sagen. Die gibt es natürlich. Man tut immer so, als gäbe es die nicht. Also ich bin z. B. nicht nur Vorsitzender des Bürgerkomitees, sondern auch im Landesvorstand des Bundes Stalinistisch Verfolgter in Berlin und bin auch im Vorstand des Forums zur Aufklärung und Erneuerung. Wir finden uns regelmäßig mit Berliner Verbänden bei Martin Gutzeit, dem Landesbeauftragten, zusammen und tauschen dort unsere Erfahrungen aus und versuchen natürlich auch zu koordinieren, wo sich koordinieren läßt. Da gibt es auch nicht die Unterscheidung zwischen Opferverbänden und Aufarbeitungsverbänden, wenngleich sicherlich unterschiedliche Interessenlagen da sind, aber es gibt auch Verbindendes. Martin Gutzeit hat schon darauf hingewiesen – etwa die Zeitzeugen, die sich vielfach in den Opferverbänden finden.

Die Frage wurde gestellt, ob wir uns möglichen Förderkriterien einer Stiftung unterwerfen würden, weil vielfach behauptet wird, wir wollten unsere Unabhängigkeit bewahren. Wo ist denn da der Gegensatz? Förderkriterien sind das eine, die Unabhängigkeit zu bewahren in einer pluralistischen Gesellschaft ist das andere. Aber bitte schön, das möchte wohl doch bleiben. Das möchten wir also im Rahmen einer Stiftung auch gewahrt wissen. Sie sollte nicht hineinregieren und uns die Themen vorgeben. Sie kann natürlich darüber entscheiden, ob sie dieses Thema für förderungswürdig hält oder nicht. Deswegen möchten wir auch als Vertreter der Verbände daran ein bißchen mitwirken wollen.

Dann das wichtige Thema Öffentlichkeit. Läßt das Interesse der Medien nach? Es läßt nach und nimmt zu! Es unterliegt einfach Schwankungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir, Herr Prof. Burrichter, weniger eine neue Didaktik der Bildungsarbeit brauchen, sondern uns einmal vergegenwärtigen müssen, daß wir gegen Ströme schwimmen. Jetzt etwa gegen den Strom von starken Gegenwartsproblemen, von sozialen Problemen in dieser Gesellschaft. Und die bewegen natürlich die Menschen weitaus mehr als das, was in der Vergangenheit geschehen ist. Dennoch, wenn diese Menschen versuchen, ihre sozialen Probleme mit Mitteln und Methoden zu lösen, die in der Vergangenheit schon in die Diktatur geführt haben, etwa auf der Straße, unter Ausschaltung des Parlaments und der demokratischen Institutionen, dann ist es gefährlich. Und insofern denke ich, ist es notwendig, was wir hier machen. Wie gesagt, das Interesse der Medien unterliegt Schwankungen. Es gibt aber einige Themenbereiche, die werden von den Medien fast gemieden wie der Teufel das Weihwasser meidet. Dazu zählen z. B. die Metamorphose von SED und MfS in der Wendezeit und der ganze ehemalige KoKo-Bereich, diese Ost-West-Connections, die es schon zu DDR-Zeiten gab und die fortwirken. Daß sich heute der Verein Bürgerbüro in Berlin auftut, hat sicherlich etwas damit zu tun, daß viele enttäuscht sind über das, was die friedliche Revolution zustande gebracht hat und was alles noch überdauert hat von den alten Seilschaften. Ob ein Verein imstande ist, etwas zu lösen, was ZERV, Staatsanwaltschaft und KoKo-Untersuchungsausschuß nicht gelöst haben, wage ich durchaus zu bezweifeln. Ich habe Angst, die ziehen sich eine Flut von Prozessen an den Hals. Und wegen dieser drohenden Flut von Prozessen meiden die Medien auch dieses Thema und gehen drumherum.

Was den Umgang z. B. mit ehemaligen SED-Mitgliedern anlangt – die sitzen natürlich nicht alle in diesen Seilschaften. Da sitzen die ehemaligen Nomenklaturkader. Die finden wir häufig dort wieder und die bedienen sich dann natürlich auch gegenseitig. Der Mehrheit der ehemaligen SED-Mitglieder hat man irgendwann eingeredet, sie seien Schuld an der ganzen Misere durch ihre Anpassung, aber angepaßt haben sich viele Menschen in der DDR. Daß man denen nun versucht hat einen Schuldkomplex einzureden, macht es natürlich schwierig, sich mit ihnen zu unterhalten und ganz offen Vergangenheit aufzuklären. Sie denken immer, sie sind in einer Position, sich rechtfertigen zu müssen. Müssen sie gar nicht. Erkennen müssen und sollen sie, was Anpassung für Folgewirkungen hat. Natürlich, heute leben auch viele Menschen angepaßt. Was wir hier einmal gemacht haben – und Frau Wetzel hatte darauf hingewiesen – wir haben Gespräche geführt z. B. mit Schülern und Schülerinnen. Und da haben die Schüler und Schülerinnen aus ihrer ganz unterschiedlichen Sicht – eine war damals zu DDR-Zeiten kirchlich gebunden und wurde dann immer gemieden und geschnitten, ein anderer war ganz eifrig FDJ-Sekretär und vorher in der Pionierorganisation, da gab es zwei oder drei andere dazwischen – berichtet, wie sie damals DDR-Wirklichkeit wahrgenommen haben. Ganz unterschiedlich! Und das war so lebendig, das war so lebendige Geschichte, da hätte ich gerne gesehen, daß nicht nur der eine Lehrer anwesend gewesen wä-

re, sondern viele von denen, die damals angepaßt gelebt haben und die damals in der SED gewesen sind, wie ich es auch war, und die dann hätten Lehren daraus mal ziehen können. Das waren meine Bemerkungen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank Herr Schwenke. Als nächster Herr Taut.

Herr Taut: Zur Projektförderung ist schon viel gesagt worden. Ich will Ihnen nur an einem aktuellen Beispiel zeigen, was uns tangiert, was wir für sinnvoll, was wir für problematisch halten. Wir haben jetzt z. B. eine Möglichkeit, 8.000 DM Förderung von der Stadt Leipzig zu bekommen vom Kulturfonds, die wir letztlich wahrscheinlich doch nicht erhalten werden, weil wir nicht die Kraft haben werden, einen detaillierten Projektantrag zu erstellen. Das rentiert sich schon nicht mehr.

Zweitens zum Interesse. Wir haben uns hier darüber unterhalten, über die Erfahrungen des Bürgerkomitees Leipzig und der ASTAK hinsichtlich des Interesses der Bevölkerung. Wir haben den Eindruck, das Interesse ist relativ gleichgeblieben. Aber es haben sich Anlaufstellen gefunden, wo die Interessierten auch wirklich kompetente Ansprechpartner finden, so daß die Besucherzahlen tatsächlich zugenommen haben. Wir sehen auch wie Sie, Herr Prof. Burrichter, sehr wohl das Problem, daß mit dieser Ausdifferenzierung das allgemeine politische Interesse nachläßt, so daß wir mit dieser Ausstrukturierung der Interessenlagen auch ein Nachlassen des allgemeinen Interesses durchaus verbinden können, was wir als problematisch ansehen.

Und jetzt noch einen dritten Punkt, um Ihnen zu zeigen, daß wir in der Frage der speziellen Gemeinnützigkeit sehr wohl schon die Ebene erreicht haben, wo man sich an Fachleute wendet. Vielleicht gelingt es mir doch, das in ein, zwei Sätzen darzustellen. Wir als Verein vertreten die Förderung des demokratischen Staatswesens. Das ist im Parteispendingesetz geregelt. Und von daher könnten wir Förderung bekommen, wenn wir denn ein politischer Verein wären. Andererseits gibt es die Möglichkeit, speziell allgemeinnützige Zwecke zu vertreten. Die nun wiederum enden aber im wesentlichen bei der Interessenslage, die die Problematik bis 1945 angeht. So fällt das nach dem Kenntnisstand, den wir haben, der uns auch von Fachleuten bestätigt wurde, in eine Gesetzeslücke, so daß wir diese spezielle Gemeinnützigkeit nicht wahrnehmen können. Und ich kann nur fragen, wer in kompetenter Hinsicht uns auch gegenüber dem Finanzamt dort vertreten kann. Ich vermute, daß das Ergebnis doch sein wird, daß es eine Gesetzeslücke ist und daß Sie als Vertreter des Bundestages dort aktiv werden sollten. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Herr Taut. Als nächster Herr Thomas bitte.

Reinhardt Thomas: Wir haben natürlich auch unsere Erfahrungen mit den finanziellen Möglichkeiten gemacht, aber grundsätzlich sind wir der Meinung, daß eine Projektförderung über eine Stiftung sehr positiv wäre. Das öffentliche Interesse an unseren Berichten, weil es natürlich nicht alltäglich ist, etwas aus

den Archiven zu erfahren, ist sehr groß. Allerdings nicht für den gesamten Bericht. Die Medien suchen sich da natürlich die Schlagzeilen raus, das können wir nicht beeinflussen. Aber ich denke, das ist auch deren gutes Recht. Da sollte man auch nicht zuviel Kritik daran üben, daß die Vorstellung eines Abschlußberichtes dann immer auch nur ein Tagesereignis ist. Ich denke, damit muß man leben. Es ist schon viel gewonnen, wenn diese Probleme überhaupt aufgegriffen und veröffentlicht werden.

Die Erfahrungen und Bemühungen um die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder ist hier angesprochen worden. Das sind unsere Erfahrungen, ich glaube, das Thema sollte man abschließen. Hier geht es nur um die verantwortlichen Nomenklaturkader. Da haben wir im Lande keine guten Erfahrungen gemacht. Ich darf nur das Beispiel nennen eines Mitgliedes des Landtages, der Herr Dr. Schönburg, der ja in der Enquete-Kommission des Landtages auch für eine Klage gesorgt hat. Das ist ein alter Moskau-Student und ein echter Hardliner, und mit den Leuten kann man natürlich nicht über eine Aufarbeitung vernünftig reden, weil sie grundsätzlich alles leugnen und die DDR im nachhinein noch in jedem Bereich verharmlosen. Es gibt – das muß man dazu sagen – auch andere, mit denen man vernünftig darüber sprechen kann, insbesondere unter vier Augen. Öffentlich wird das bei einem großen Teil schwieriger sein.

Auf eine Zwischenbilanz bin ich noch einmal angesprochen worden. Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die lobenswerten Initiativen der Enquete-Kommission, sondern wir sind der Meinung – und das sind unsere Erfahrungen –, daß das wichtigste die Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas zugunsten der Opfer ist und damit auch zugunsten der Aufarbeitung. Hier haben insbesondere die beiden großen Volksparteien eine große Verantwortung, sich für dieses Klima einzusetzen. Aber wer die Akten sehr aufmerksam studiert, der weiß, daß diese beiden Volksparteien gerade in zwei wichtigen Bereichen, natürlich einerseits die bis Ende 1989 anhaltende Zusammenarbeit der SPD mit der SED – die hochnotpeinlich war –, andererseits mit der kommentarlosen Übernahme von Nomenklaturkadern der SED und der Blockparteien, auch einen Verdrängungsprozeß durchmachen. Dagegen richtet sich unsere Kritik. Ich glaube, dieser gesellschaftliche Prozeß zur Verbesserung des Klimas kann nur geleistet werden durch die Unterstützung der beiden großen Volksparteien, sonst wird es schwierig. Wir können das Thema nur ansprechen und wir sind gut beraten, es auch hier und da etwas drastischer anzusprechen, als es vielleicht im Alltag ist. Dafür sind wir da und so verstehen wir uns auch. Die Fakten, die wir dazu wiedergeben, können wir wirklich mit allem aus den Archiven belegen. Daß es Probleme gibt bei Zeugnissen, Kopien, Zeitzeugen und Archiven, liegt in der Natur der Sache. Wir machen diese Arbeit auch ehrenamtlich. Sie ist sehr aufwendig und die Zusammenfassung auch, aber im Grundsatz gibt es viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit auch mit Universitäten. Wir machen das mit dem Forschungsverbund der Freien Universität zum SED-Staat. Wenn man sich selbst darum bemüht, ist es natürlich sehr zeitaufwendig. Von den Opfern und Zeitzeugen gibt es entsprechende Unterlagen nach längerem Nachfragen. Es gibt natürlich auch Sensibilisierungspro-

bleme, aber im Grundsatz kann man auch an jedes Archiv mit einem vernünftigen Projekt herantreten. Die werden einem sagen, auf die und die Datenschutzsachen müßt ihr aufpassen. Wir haben bisher noch keine Schwierigkeiten gehabt, obwohl ich nicht behaupten möchte, daß wir nicht hier und da auch einen Fehler gemacht haben, was Datenschutz und einige Dinge anbelangt. Aber im Grundsatz gab es auch vom Landesdatenschutzbeauftragten keine Kritik. Insgesamt ist das, was heute hier die Enquete-Kommission durchführt, sehr lobenswert und sehr gut. Ich möchte mich – ich denke auch im Namen vieler – noch mal bedanken, daß wir hier unsere Meinung äußern durften, daß wir auf einige Dinge hinweisen konnten, die aus unserer Sicht zu ändern sind. Und ich glaube, wir sind uns alle einig, es ist in dieser Richtung noch sehr viel zu ändern, denn es geht letztendlich um die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie durch eine Mehrheit in den neuen Bundesländern. Das ist auch die Zielrichtung unserer Aufarbeitung. Da muß man in der Zwischenzeit, bis es soweit ist, auch mal deutliche Worte sagen. Insgesamt möchte ich mich nochmals bedanken. Im wesentlichen können wir nicht unzufrieden sein. Über die Arbeit muß man nicht reden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herzlichen Dank noch einmal, Herr Thomas. Als letzte – wie vorhin – Frau Ellmenreich.

Renate Ellmenreich: Ich will den Katalog nicht noch einmal abarbeiten. Es ist ja fast alles schon gesagt worden. Eine Antwort an die Herren Professoren Huber und Burrichter. Herr Huber fragte nach der Bilanz der juristischen Aufarbeitung. Ich kann da nur in den Chor der allgemeinen Frustration mit einstimmen. Ich will Ihnen aber erzählen, daß wir in unserer Aufarbeitungsinitiative überlegt haben, wie man damit eigentlich umgehen muß. Also sitzen wir jetzt da und jammern, daß mit den Mitteln dieses Rechtsstaates dem erlittenen Unrecht nicht beizukommen ist, oder haben wir noch andere Möglichkeiten? Ein Beispiel: Unsere Geschichtswerkstatt hat vor zwei Monaten eine Gedenkveranstaltung gemacht zum 15. Todestag von Matthias Domaschk, der in Stasi-U-Haft ums Leben gekommen ist. Die Stasilegende war natürlich Suizid. Wir versuchen seit Jahren in verschiedenen juristischen Prozessen, die Todesumstände aufklären zu lassen. Das ist bisher nicht gelungen. Wir haben uns jetzt 15 Jahre nach seinem Tod entschieden, andere Möglichkeiten zu finden, da die Zeit noch nicht reif ist für eine klare Anzeige oder Anklage von tatsächlich zu Beschuldigten. Wir haben mit der Stadt Verhandlungen aufgenommen und eine Öffentlichkeitswirksamkeit gesucht, die auch trifft. Es wurde eine Gedenkveranstaltung durchgeführt – mit viel Presse und Fernsehen usw. –, und dann hat die Stadt eine Straßennamensbenennung gemacht. Der Akt war nicht so sonderlich großartig gestaltet, aber sie haben eine Straße ausgesucht direkt an der Ecke, wo die Wohnblocks sind, in denen fast noch alle Stasi-Offiziere wohnen, also auch die, die für diesen Tod verantwortlich sind. Und die müssen jeden Tag, wenn sie in die Kaufhalle zum Einkaufen wollen, nun an genau dieser Ecke vorbeigehen und sehen dort immer ganz groß das Schild „Matthias-Domaschk-Straße“, „unter ungeklärten Umständen in Stasi-U-Haft zu Tode gekommen“ usw. Und nicht nur, daß sie da jeden Tag dran vorbeilau-

fen müssen und damit konfrontiert werden, sondern inzwischen ist es auch so weit, daß schon Schulklassen dort hinpilgern im Sozialkundeunterricht und in Ethik und Religion. Die wissen, es handelt sich um einen Jugendlichen aus dieser Schule, aus dieser Szene, aus dieser jungen Gemeinde ganz konkret. Nun kann man die Dinge mit Roß und Reiter benennen und wird es sehr anschaulich. Unsere Erfahrung ist, daß da, wo gerade juristische Aufarbeitung im Moment noch nicht möglich ist, wir vielleicht doch kreativ nach anderen Möglichkeiten suchen sollten und solche sich auch finden lassen und auch von der Tribunalidee her noch wirksamer sind als 10 Monate auf Bewährung.

Zu Herrn Prof. Burrichter: Sie fragten nach neuen Formen der Vermittlung in der politischen Bildungsarbeit. Wir haben uns damit auch erst sehr schwer getan und das sehr ernst genommen und wollten auch sehr pädagogisch und korrekt vorgehen. Wie haben gemerkt, daß es bei der Arbeit mit Schulen, Schülerinnen und Schülern viel leichter ist, wenn wir einfach sind, was wir sind, wenn wir erzählen, was wir erlebt haben, wenn wir mit ihnen an ihrem eigenen Leben selbst darstellen, so wie es eben schon Hans Schwenke erzählt hat, was sie nachvollziehen können. Wenn ihre Schule z. B. Partnerschule des MfS war, wenn wir an ganz konkreten Dingen entlanggehen und sagen, so und so und dann war das und das, wir fragen verschiedene Leute dazu und wir lernen unsere eigene Geschichte an unserem eigenen Stück Leben – wo wir uns auch festmachen können – kennen. Das ist also eine kleine Chance in der lokal bezogenen Aufarbeitungsinitiative, die wir so versuchen zu nutzen. Wir haben festgestellt, daß auch für einige Gruppen von Erwachsenen – man muß das immer ein bißchen anders machen als mit den Jugendlichen – der direkte Bezug zum eigenen Leben sehr in die Tiefe geht und eben auch Dialoge ermöglicht, sogar mit SED-Mitgliedern, die auch kommen und noch schüchtern sind, aber versuchen sich zu stellen, wenn sie nicht Angst haben müssen, daß sie von uns etwas auf den Kopf bekommen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Danke schön, Frau Ellmenreich. Ich schließe diesen Teil der Diskussion und möchte abschließend einige Bemerkungen machen. Wir haben, glaube ich, sehr eindrucksvoll gesehen, welche wertvolle und großartige Arbeit hier in den verschiedenen Initiativen an verschiedenen Orten auch in ganz unterschiedlicher Ausprägung geleistet wird. Das ist mir Anlaß, und ich denke, ich kann dies im Namen der gesamten Enquete-Kommission tun, Ihnen allen, die Sie diese Arbeit nun seit Jahren leisten, dafür ganz herzlich zu danken.

(Beifall)

Erinnerung, Gedenken, Aufarbeitung von Vergangenheit ist meines Erachtens eine der – nicht die einzige – Voraussetzungen dafür, daß sich Geschichte nicht wiederholt, daß man daraus lernt und das heißt auch, daß Demokratie verteidigt und fortentwickelt werden kann von den Menschen hier in diesem Land. Und dazu ist diese Arbeit ein ganz wesentlicher Beitrag. Ebenso wesentlich ist auch, daß hier von Menschen gearbeitet wird, die ihre eigene Geschichte dabei selbst auch mit aufarbeiten und einbringen. Das heißt, daß es

hier nicht nur um tote Dokumente geht, sondern auch darum, daß Menschen selbst Zeugnis ablegen von ihrer Haltung, von den Möglichkeiten aufrechten Ganges. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat ein ernsthaftes und erhebliches Interesse daran, das bitte ich mir und uns zu glauben, daß diese Arbeit in den Initiativen weitergehen kann. Wir werden diese Anhörung auswerten und werden uns Gedanken machen, welche Vorschläge daraus resultierend von uns kommen können. Aber daß die Enquete-Kommission dieses Thema in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen hat, nämlich die Fortsetzung des Aufarbeitungsprozesses und die Frage einer möglichen Institutionalisierung, damit nicht alle Gruppen plötzlich in der Luft hängen, weil die ABM-Stellen auslaufen, ist ein deutlicher Fortschritt und ist auch ein Zeichen an Sie, daß diese Absicht seitens der Enquete-Kommission ernstgemeint ist. Es sind viele Themen angesprochen worden, die wir hier heute nicht behandeln können. Ich möchte einfach anbieten, daß Sie einzelne Mitglieder der Kommission ansprechen zu den Themen Stasi-Unterlagengesetz, Unrechtsbereinigungsgesetze, die steuerrechtlichen Probleme, oder daß Sie uns schreiben. Das gilt auch für die, die heute nicht zum Zuge gekommen sind oder denen noch etwas Wichtiges eingefallen ist. Diese Anhörung geht auch noch weiter, gleich nach der Mittagspause, in die ich Sie jetzt entlassen möchte.

Für die Mitglieder der Berichterstattergruppe „Gedenkstätten“ möchte ich kurz bekanntgeben, daß diese sich um 13.30 Uhr im VIP-Raum zu einer kurzen Sitzung treffen.

Ich danke Ihnen. Wir sollten versuchen, um 13.45 Uhr wieder hier zu sein.

(14.10 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir wollen jetzt anfangen. Getreu dem Motto, man sollte diejenigen, die pünktlich sind, zumindest nicht zu sehr bestrafen und in der Hoffnung, daß die, die zu spät kommen, wenigsten Spuren eines schlechten Gewissens haben. Das wird aber verstärkt, wenn wir tatsächlich angefangen haben.

Den jetzt folgenden Teil, bei dem es um die Herausforderung der Aufarbeitungsarbeit geht, wird der Obmann der SPD in der Enquete-Kommission, Markus Meckel, leiten. Ich möchte ihm hiermit das Wort erteilen.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Ich möchte am Anfang nur wenige Worte verlieren zu dem Verhältnis dessen, was wir am Vormittag gemacht haben und am Nachmittag machen werden. Heute vormittag haben wir einige der mehr als 60 Gruppierungen und Initiativen gehört, die mit den Fragen der Aufarbeitung beschäftigt sind. Sie haben ihre Arbeit dargestellt und zu den Herausforderungen, die uns jetzt beschäftigen, auch schon geredet. Jetzt am Nachmittag soll es darum gehen, daß wir diese grundsätzlichen Fragen erörtern, ohne noch über die einzelne Initiative zu reden. Wir wollen mit denen, die einen Einblick haben und die verschiedenen Gruppierungen und Initiativen kennen, darüber reden, was heute in Politik und Gesellschaft nötig ist, um sachgerecht und sachgemäß mit dieser schwierigen Vergangenheit nicht nur in

Ostdeutschland, sondern in ganz Deutschland umzugehen. Dies wird dann insofern für uns wichtig sein, als die Enquete-Kommission ja selbst ein Teil dieses Aufarbeitungsprozesses ist und ernstnimmt, daß es in diesem Prozeß auch andere und sehr unterschiedliche Akteure gibt.

Ich erteile deshalb zunächst Herrn Pfarrer Curt Stauss das Wort, der uns in diese Fragenstellungen noch einmal mit einem etwas längeren Beitrag einführen wird. Anschließend werden wir zunächst in eine Podiumsdiskussion eintreten, die dann für die übrigen Anwesenden geöffnet werden wird, so daß ein offener Diskurs stattfinden kann. Unser Thema: Was sind heute die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses in Deutschland? Curt Stauss hat das Wort.

Curt Stauss: Als ich eingeladen worden bin zu diesem Vortrag, also einem etwas intensiveren Gesprächsimpuls, da sah die Zeitplanung für den Tag noch genau umgekehrt aus. Ich wußte, daß ich am Nachmittag wegfahren müßte, und ich bitte um Verständnis, daß ich um 15.00 Uhr gehen werde, um einen Zug zu bekommen, und darum zu dem Podiumsgespräch nicht mehr dabei sein kann. Das ist der Grund, warum ich daran nur kurz teilnehmen kann, nicht so sehr das Überangebot an Männern und das Überangebot an Theologen in diesem Podium, das mich verwirrt hat, aber das dann wohl nicht mehr zu ändern war, und an dem ich selbst ja auch Anteil habe.

Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses – die deutsche Öffentlichkeit wird durch ein Buch erschüttert, das bisher noch gar nicht in deutscher Sprache vorliegt. Der Vorgang ist ein Lehrstück für Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses, eines anderen Aufarbeitungsprozesses als der, der uns heute beschäftigt. Sollte im Jahre 2044 ein amerikanischer Historiker ein Buch mit dem Titel „Honecker's Willing Executioners“ herausbringen und sollte dieses Buch Wogen der Auseinandersetzung um sagen wir 16 Millionen Täter und Täterinnen hochgehen lassen, so würden uns dann diejenigen mit dem guten Gedächtnis erklären: so lange braucht es eben, bis die unmittelbare Beteiligung großer Bevölkerungsgruppen an Verbrechen und die Verdrängung dieser Beteiligung thematisiert werden, bis die Diskussion alternativer Verhaltensmöglichkeiten und die Frage, welche Verbrechen in der eigenen Gegenwart soeben verdrängt werden und an welchen sich also Bevölkerungsmehrheiten beteiligen, bis ein solches Thema überhaupt auf den Tisch getan werden kann. Aber wenn dies die Lehre sein sollte, 55 Jahre seien eben nötig, dann wäre nicht allzuviel zu lernen. Das Lehrstück scheint mir vielmehr darin zu bestehen, wie eine doch verhältnismäßig ausführliche Aufarbeitung einer Epoche doch nicht vor einem neuen Erdbeben schützt, das zweimal in diesem Jahrhundert massenhaft verdrängt wurde und wird. Der Satz „40 Jahre umsonst gelebt“ klingt wie die Einleitung zu einem zweiten Band von Alexander Mitscherlichs „Unfähigkeit zu trauern“. Daß damit eine ganze Generation ihr Leben wegwirft, statt es in die nächste Lebensphase zu integrieren, daß die Aggressivität, die in der Trauerarbeit gebunden würde und zur Belebung von Beziehungen dienen könnte, so unaufgearbeitet bleibt und umso freier und bedrohlicher vagabundiert. Es scheint noch nicht ausgemacht zu sein, ob dieses